



MdB Canan Bayram
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frage 22

„Welche weiteren konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung im Herbst, um von Armut betroffene Personen von den steigenden Lebensmittel-, Miet- und Energiepreisen zu entlasten (siehe dazu:

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/inflation-macht-grundnahrungsmittel-deutlich-teurer-a-f243f10f-179e-4191-b0d4-f21332846e75>).“

Antwort:

Die Bundesregierung beobachtet die aktuellen Preissteigerungen sowie ihre Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft sowie spezifische Einkommensgruppen genau.

Durch die bereits umgesetzten fiskalpolitischen Maßnahmen, die die Regierungsparteien beschlossen haben, werden Haushalte nachhaltig und bedarfsgerecht entlastet. Bereits am 23. Februar 2022 hat man sich im Koalitionsausschuss auf ein Entlastungspaket mit Blick auf die Kaufkraft privater Haushalte verständigt („10 Entlastungsschritte für unser Land“, u. a.: vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022, weitere Anhebung des Heizkostenzuschusses etwa für Wohngeldempfänger von 135 Euro bzw. 175 Euro bei Haushalten mit zwei Personen plus 35 Euro je weiteres Haushaltsmitglied, Anhebung Arbeitnehmerpauschbetrag auf 1.200 Euro, Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer um 363 Euro auf 10.347 Euro, Einmalzahlung von 100 Euro für erwachsene Beziehende von existenzsichernden Leistungen, Verlängerung von pandemiebedingten Sonderregelungen beim des Kurzarbeiter-geld bis zum 30. Juni 2022, Anhebung der Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer auf 38 Cent, Mindestloohnerhöhung). Im Koalitionsausschuss vom 23. März 2022 wurden weitere Entlastungen beschlossen. Dazu gehört eine Energiepreispauschale i. H. v. 300 Euro für alle erwerbstätigen Steuerpflichtigen, 100 Euro Einmalzahlung für Transferleistungsempfänger, Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe auf EU-Mindestsätze für 3 Monate sowie

Einführung eines ÖPNV-Tickets für 9 Euro im Monat befristet auf 90 Tage.

Teile der Entlastungen sind bereits umgesetzt, andere - wie die Auszahlung der Energiepauschale und der Kinderbonus - werden die Betroffenen erst noch erreichen und so für Entlastung sorgen.